

federführend – sowie an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales. Die abschließende Beratung und Abstimmung sollen im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Ist jemand dagegen? – Möchte sich jemand enthalten? – Dann darf ich feststellen, dass wir die **Überweisungsempfehlung** einstimmig so **angenommen** haben.

Ich rufe auf:

14 Klimaschutz ist Gesundheitsschutz – NRW macht sich auf den Weg zu einer klimagerechten Gesundheitsversorgung

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 18/2544

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die antragstellenden Fraktionen zunächst dem Abgeordneten Schmitz das Wort.

Marco Schmitz (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Kollegin Schneider, ich freue mich, dass du wieder hier im Plenum bist, auch wenn wir jetzt nicht mehr als Koalitionspartner zusammenarbeiten. Aber umso mehr freue ich mich und bin sehr auf die zukünftige Zusammenarbeit gespannt. Schön, dass du wieder mit dabei bist, Susi.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Ich komme zu unserem Antrag. Die Folgen des globalen Klimawandels gehören inzwischen für uns alle zum täglichen Leben. Wie wir alle wissen, beeinträchtigen die Folgen des Klimawandels zunehmend die Gesundheit der Bevölkerung in Nordrhein-Westfalen und in Deutschland. Wetterextreme, steigende Durchschnittstemperaturen und mildere Winter führen zu einer Verschärfung von Allergien und einer Ausbreitung von Krankheitsüberträgern. Besonders vulnerable Personengruppen und Menschen mit niedrigem sozioökonomischem Status sind davon betroffen und müssen besonders geschützt werden.

Als schwarz-grüne Zukunftscoalition in Nordrhein-Westfalen sehen wir es als unsere Verantwortung an, die Bekämpfung der Klimakrise als Ursache für diese gesundheitlichen Gefahren in den Fokus zu rücken. Dazu gehört auch die Anpassung der bestehenden Strukturen im Gesundheitswesen an ein verändertes Krankheitsspektrum und ein erhöhtes Patientenaufkommen.

Doch nicht nur die Gesundheitsvorsorge muss sich an die Auswirkungen des Klimawandels anpassen, sondern auch der Gesundheitssektor selbst trägt mit über 5 % des bundesweiten CO₂-Ausstoßes erheblich zur Klimakrise bei. Um den Zielen der Klimaneutralität im Gesundheitswesen und insbesondere im

Krankenhaussektor näherzukommen, müssen wir klimaschädliche Emissionen, Verschmutzungen, Abfall und Ressourcenverbrauch reduzieren.

Klimaschutz ist Gesundheitsschutz. NRW macht sich auf den Weg zu einer klimagerechten Gesundheitsversorgung. Damit widmen wir uns einem Schwerpunkt der schwarz-grünen Zukunftscoalition in Nordrhein-Westfalen. Wir wollen die Bevölkerung vor den gesundheitlichen Gefahren, die durch den globalen Klimawandel entstehen, schützen.

Im Rahmen der Landesgesundheitskonferenz im Oktober letzten Jahres setzten sich alle beteiligten Akteure im Gesundheitswesen ein wichtiges Ziel: das Gesundheitswesen auf die Herausforderungen des Klimawandels vorzubereiten und die dazu notwendigen Instrumente zu schaffen.

Wie sehen diese Instrumente nun aus? Ich möchte an dieser Stelle einige Beispiele nennen: Energiesparmaßnahmen an Gebäuden umsetzen und erneuerbare Energien nutzen, Arbeitsplätze klimagerecht ausgestalten, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für eine klimagerechte Mobilität sensibilisieren und Anreize dafür schaffen, die Aus- und Fortbildung in den Gesundheitsberufen um das Wissen und die Gesundheitsgefahren des Klimawandels erweitern, die Kommunen beim Klimaschutz und der Klimaanpassung unterstützen, etwa bei der Konzeption und der Umsetzung von Hitzeaktionsplänen.

(Beifall von der CDU)

Präsident André Kuper: Herr Kollege, ich muss gerade unterbrechen. Es gibt den Wunsch nach einer Zwischenfrage aus den Reihen der AfD. Lassen Sie die zu?

Marco Schmitz (CDU): Ja.

Präsident André Kuper: Dann hat der Kollege Loose das Wort.

Christian Loose (AfD): Danke, Herr Präsident. – Danke, Herr Schmitz, dass Sie die Frage zulassen.

Beim Klimaschutz geht es Ihnen jetzt um die Gesundheit. Deswegen eine einfache Frage: Es soll ja immer wärmer werden. Sind aus Ihrer Sicht die Kältetoten oder die Wärmetoten das größere Problem auf der Welt? – Vielen Dank.

Marco Schmitz (CDU): Ich habe gerade von Klimaschutzmaßnahmen gesprochen. Das betrifft sowohl Kältetote als auch Wärmetote. Da habe ich keine Differenzierung gemacht. Ich glaube, wir müssen uns darum kümmern, dass diejenigen, die von Extremwittersituationen betroffen sind, geschützt werden.

Das ist in beide Richtungen notwendig. Das kann ein einbrechender Winter sein, den wir an verschiedenen Stellen der Welt haben. Das kann genauso eine Hitzewelle sein, die zu mehr Toten führt. Aber wir differenzieren nicht bei den Toten, sondern wir kümmern uns darum, dass das verhindert wird.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Auf einen Punkt möchte ich aber noch einmal gesondert eingehen. Wie Sie alle schon im Vorfeld richtig festgestellt haben, soll ein Drittel der zusätzlichen Investitionen, die wir im Rahmen der Krankenhausplanung zur Verfügung stellen, für den Klimaschutz eingesetzt werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, lieber Herr Kollege Klute,

(Zuruf von Thorsten Klute [SPD])

nachdem Sie schon vor der Wahl verzweifelt versucht haben, den von allen Akteuren beschlossenen Krankenhausplan schlechztureden, versuchen Sie es jetzt mit den Investitionen. Vielleicht sollten Sie sich einmal fragen, warum in den Krankenhäusern überhaupt ein Investitionsstau aufgetreten ist.

Seit 2017 investieren wir Jahr für Jahr mehr Geld in die Krankenhäuser, geben jetzt allein für die Krankenhausplanung 2,5 Milliarden Euro zusätzlich aus, und das Einzige, was Sie können, ist zu meckern.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Sie sollten sich freuen, dass endlich jemand die Krankenhäuser in den Blick nimmt und zukunftsfähig aufstellt. Ihre destruktive Kritik und das Schlechttreden des Gesundheitssektors helfen keinem hier, wirklich keinem.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen,

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

wir wollen uns in Nordrhein-Westfalen auf den Weg machen in eine klimagerechte Zukunft im Gesundheitswesen. Klimaschutz und die Anpassung an den Klimawandel sind Daueraufgaben. Sie tragen zur Sicherstellung der Funktionsfähigkeit des Gesundheitssektors bei sowie zum Schutz und zur Förderung der menschlichen Gesundheit.

Der Schutz des Klimas ist unsere gemeinsame gesellschaftspolitische Aufgabe und Verpflichtung, und das über alle Grenzen hinweg. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Schmitz. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat die Kollegin Thoms das Wort.

Meral Thoms (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste! Der letzte Sommer war einer der wärmsten seit Beginn der Aufzeichnungen. Aktuell ist es draußen ziemlich kalt, und der nächste heiße Sommer scheint weit entfernt. Doch ganz klar ist: Hitzewellen werden in Zukunft weitaus häufiger vorkommen, genauso wie Extremwetterereignisse.

Ein Baby, das im Jahr 2020 geboren wurde, wird mindestens viermal so viele Hitzewellen erleben wie eines, das 1960 geboren wurde. Das RKI zählte im letzten Sommer 4.500 Hitzetote in Deutschland, 900 davon alleine in Nordrhein-Westfalen.

Fest steht: Die Klimakrise macht uns krank. Hitzebedingte Erkrankungen und Todesfälle werden zunehmen. Wir werden mit einer steigenden Krankheitslast durch Allergien und Asthma zu kämpfen haben. Auch Extremwetterereignisse werden sich häufen und Einfluss auf die psychische Gesundheit der Menschen in Nordrhein-Westfalen haben. Es wird eine Zunahme von Infektionskrankheiten geben, die von Tieren übertragen werden, wie Borreliose, Hirnhautentzündung oder Denguefieber.

Die Liste der möglichen Folgen der Klimakrise für die Gesundheit der Menschen in NRW ist leider lang. Die Folgen sind schon heute deutlich spürbar und werden in Zukunft noch zunehmen. Da sind sich alle Expertinnen und Experten einig. Die WHO sieht den Klimawandel als die größte Gesundheitsbedrohung für die Menschheit an.

Dieser globalen Herausforderung müssen wir mit entschlossenen Maßnahmen im Klimaschutz und zur Klimafolgenanpassung entgegentreten, auch hier bei uns in Nordrhein-Westfalen.

Die Landesgesundheitskonferenz Nordrhein-Westfalen hat letztes Jahr Klimaschutz und Klimafolgenanpassung als zentrales Thema aufgegriffen; das haben wir gerade schon von Herrn Schmitz gehört.

Mit dem vorliegenden Antrag bringen wir ein breites Maßnahmenpaket auf den Weg.

Wir werden die Gesundheitsversorgung in Nordrhein-Westfalen klimagerecht und klimaresilient aufstellen – für die Menschen, die heute hier bei uns in Nordrhein-Westfalen leben, und für alle zukünftigen Generationen.

Wir werden die Menschen in NRW über die gesundheitlichen Konsequenzen des Klimawandels aufklären und Prävention stärken.

Wir wollen insbesondere die Menschen erreichen, die von den Gefahren zum Beispiel zunehmender Hitze besonders betroffen werden. Wir wissen alle: Das sind ältere Menschen, sehr kleine Kinder und Schwangere. Das sind aber auch die Menschen, die durch ihre Berufstätigkeit oder durch das Wohnumfeld besonders betroffen werden; denken wir nur an

Beschäftigte im Straßenbau während einer Hitze-
welle.

Die Kommunen werden wir bei der Konzeption und
Umsetzung von Hitzeaktionsplänen angemessen un-
terstützen.

Auch die Aus- und Fortbildung muss die Klimakrise
und die gesundheitlichen Auswirkungen der Klima-
krise besser integrieren.

Eine klimagerechte Gesundheitsversorgung bedeu-
tet allerdings auch, dass der Gesundheitssektor ei-
gene Verantwortung für den Klimawandel hat und
sich dieser stellen muss. 5,2 % des nationalen CO₂-
Ausstoßes in Deutschland – das ist ungefähr so viel,
wie die Stahlindustrie ausstößt – kommt von unseren
Gesundheitseinrichtungen, ein großer Teil davon aus
den Krankenhäusern.

Die Klinikträger haben dieses Problem schon längst
erkannt und fordern finanzielle Unterstützung auf
dem Weg zur Klimaneutralität. Hier werden wir lie-
fern. In den kommenden Jahren werden wir ein Drit-
tel der zusätzlichen Mittel für die Krankenhauspla-
nung, also mehr als 800 Millionen Euro, für die not-
wendigen Klimaschutz- und Klimafolgenanpas-
sungsmaßnahmen einsetzen.

Von diesen Geldern werden auch die Menschen in
den Kliniken unmittelbar profitieren; denn ohne ge-
bäudetechnische Maßnahmen zum Hitzeschutz lei-
den bei Hitzewellen natürlich die Patientinnen und
Patienten, aber auch die Beschäftigten.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Zudem führt eine Reduktion der immens hohen Ener-
giekosten nachhaltig zu finanziellen Einsparungen im
Gesundheitssektor.

Meine Damen und Herren, gerade die junge Gene-
ration verlangt von uns völlig zu Recht, dass wir die
Gefahren des Klimawandels ernst nehmen. Für uns
ist klar: Klimaschutz ist zugleich Gesundheitsschutz
für die Menschen bei uns in Nordrhein-Westfalen. Mit
unserem Antrag beschreiten wir in der Gesundheits-
versorgung in NRW auch in diesem Feld einen am-
bitionierten Weg und werden hier Vorreiter sein.

(Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Ich fordere Sie auf, diesen Weg hin zu einem klima-
gerechten Gesundheitssystem mit uns gemeinsam
zu gehen. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Frau Thoms. –
Für die SPD spricht der Abgeordnete Klute.

Thorsten Klute (SPD): Herzlichen Dank. – Sehr ge-
ehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kolle-
gen! Natürlich ist es richtig, Klimaschutz und Klima-

anpassung auch im Gesundheitssektor, gerade in
den Krankenhäusern und in Pflegeeinrichtungen, zu
betreiben. Das ist selbstverständlich richtig. Wir re-
den heute ja nicht zum ersten Mal darüber.

Natürlich ist es richtig, Personal, wie Sie sagen, über
die Gefahren und über Möglichkeiten der Energieein-
sparung aufzuklären. Auch das ist selbstverständlich
richtig. Manchmal habe ich übrigens den Eindruck,
dass das Personal, das Sie da mit in den Fokus neh-
men, auf dem Gebiet auch mental sehr viel weiter ist,
als wir das hier in manchen Diskussionen sind. Wir
schielen dabei also nicht nur auf das Personal, wie
es hier gerade gemacht wurde, sondern nehmen uns
auch selbst mit in den Blick.

Natürlich ist es richtig, das zu betreiben. Die Frage ist
nur, wie Sie es finanzieren. Denn Sie haben erst vor
kurzer Zeit den Haushaltsplan für das kommende
Jahr und die Planung für die Folgejahre verabschie-
det und ganz stolz gesagt, dass es Ihnen gelungen
ist, beim Finanzminister 2,5 Milliarden Euro für die
Umsetzung des Krankenhausplans in den nächsten
Jahren herauszuholen. Ich habe noch gut die Worte
von Minister Laumann in Erinnerung, der sagte: Mit
2,5 Milliarden haben wir richtig etwas herausgeholt.

Aber das ist in einem Land wie Nordrhein-Westfalen
auch nicht zu üppig. Hier brauchen die Krankenhäu-
ser eine ganze Menge Geld, wenn wir den Kranken-
hausplan ordentlich umsetzen wollen. Da geht es um
Investitionen in riesiger Größenordnung.

Jetzt stellen Sie hier einen Antrag und sagen: Mo-
ment mal, von diesen 2,5 Milliarden Euro nehmen wir
aber erst mal ein Drittel für Klimaschutz- und Klima-
folgenanpassungsmaßnahmen weg. – Sie verwei-
sen darauf, dass das natürlich auch dem Gesund-
heitsschutz dient. Selbstverständlich ist es im Alten-
heim oder im Krankenhaus gut, wenn die Tempera-
tur nicht zu sehr ansteigt und wenn da endlich eine
Unterstützung erfolgen kann. Die Frage ist, woher
Sie es nehmen. Nehmen Sie es nicht von den ohne-
hin knappen Mitteln für die Umsetzung des Kranken-
hausplans, sondern stocken Sie den dafür notwendi-
gen allgemeinen Investitionsetat für die Krankenhäu-
ser auf.

(Beifall von Lisa-Kristin Kapteinat [SPD] und
Carolin Kirsch [SPD])

Sonst droht nämlich, dass unsere Krankenhäuser
demnächst zwar dreifach verglaste Fenster und eine
Dachbegrünung haben, aber Kinderstation? Fehl-
zeige. Dazu darf es eben nicht kommen.

(Vereinzelt Beifall von der SPD – Zuruf von
Marco Schmitz [CDU] – Zuruf von Mehrdad
Mostofizadeh [GRÜNE] – Zuruf von Marco
Schmitz [CDU]: Das ist wirklich nur noch selt-
sam!)

– Ich lasse Sie jetzt gerne ausschreien. Ich bringe es aber trotzdem noch zu Ende. Es scheint Sie ja sehr zu treffen. Da ist ja was dran. Da ist ja was dran.

Wissen Sie, wenn Sie wirklich Klimaschutz betreiben wollten und nicht nur ein Fähnchen heraushängen wollten, vielleicht auch im Zuge der Ereignisse der letzten Woche, wo manche denken, sie müssten noch mal ganz besonders etwas herausstellen ...

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Außer euch glaubt das keiner mehr! Niemand! Nicht mal die Krankenhausgesellschaft!)

Wenn es wirklich darum ginge, nicht nur ein Fähnchen herauszuhängen, sondern wirklich notwendige Klimaschutzmaßnahmen in Krankenhäusern nicht zulasten des Krankenhausplans und der dort notwendigen Investitionen vorzunehmen, dann würden Sie den allgemeinen Investitionskostenetat aufstocken, und dann würden Sie beim Windkraftausbau endlich Tempo machen. Warum tun Sie es denn nicht? Warum liegt das denn so am Boden?

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

So kommen wir jetzt zu dem Punkt, dass wir sagen, es ist gut, Klimaschutz in Krankenhäusern zu betreiben. Es ist gut, die Krankenhäuser auf steigende Temperaturen – gerade im Sommer – vorzubereiten. Es ist richtig, dafür Mittel bereitzustellen. Diese von den ohnehin knappen Mitteln zur Umsetzung des Krankenhausplans wegzunehmen, wird uns noch in diesem Jahr zu Diskussionen führen, wenn Herr Laumann irgendwann doch nicht mehr drumherum kommt, Auskunft zu geben, weil die Fakten so sind, wie sie sind. Dann werden wir sehen, das Geld für die Umsetzung des Krankenhausplans wird verdammt knapp. Dann werden wir genau über diesen Punkt noch mal reden.

Der Überweisung in den Ausschuss stimmen wir natürlich zu. Dort werden wir es kritisch begleiten. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Klute. – Für die FDP spricht die Abgeordnete Frau Gebauer.

Yvonne Gebauer (FDP): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich eines vorneweg sagen, genauso wie das Kollege Klute getan hat: Klimaschutz und Maßnahmen zur Beherrschung und Steuerung des Klimawandels sind wichtig. Wir reden bei diesem Thema über eine weltweite Herausforderung. Der Klimawandel hat globale Ausmaße und muss deshalb zuallererst durch weltweite Vereinbarungen und Maßnahmen bewältigt werden.

(Zuruf von den GRÜNEN: Wann?)

– Wann? Ich glaube, derzeit laufen viele Verhandlungen in diesem Zusammenhang. Ich kann mir nicht vorstellen, dass Sie das nicht mitbekommen.

(Vereinzelt Beifall von der FDP)

Ich glaube aber, dass gerade Sie, die Grünen, momentan derzeit einen wertvollen Lernprozess durchlaufen. Das stimmt. Während Ihre Parteitage früher in Oppositionszeiten im Hambacher Forst stattfanden, wirft Ihnen Fridays for Future in diesen Tagen die Braunkohlebriketts aus Protest vor die Parteizentrale.

(Thorsten Klute [SPD]: Genau! Darum geht es!)

Deshalb ist die entscheidende Frage, die man sich hier stellen muss: Wo fängt Klimaschutz bei den Grünen eigentlich an?

(Beifall von der FDP und Thorsten Klute [SPD])

Ich hoffe, sagen zu dürfen: doch wohl nicht am OP-Tisch, wenn es um energieintensive – wie gerade schon dargestellt worden ist – und lebensrettende Maßnahmen geht.

Die Grünen und – das muss ich jetzt sagen – mit diesem Antrag leider auch die CDU haben an dieser Stelle den Blick für Maß und Mitte verloren.

(Beifall von der FDP)

Richtig ist, wir dürfen den Klimaschutz vor Ort nicht vernachlässigen. Auch in Krankenhäusern und Einrichtungen für Pflege- und Krankenversorgung müssen Maßnahmen für den Klimaschutz und den Hitzeerschutz ergriffen werden, so, wie selbstverständlich auch in allen anderen Bereichen des Lebens. Das heißt also, der vorliegende Antrag greift grundsätzlich ein Thema mit Forderungen auf, für die man natürlich Sympathien entwickeln kann. Er steht aber leider nicht für eine notwendige Prioritätensetzung im Interesse der Menschen und in diesem Fall im Interesse der Patientinnen und Patienten.

Deshalb frage ich: Wäre es nicht viel wichtiger, heute über einen Antrag zu debattieren, der sich auf die Instandsetzung unserer Krankenhauslandschaft insgesamt konzentriert? Warum diskutiert hier die schwarz-grüne Landesregierung lieber zuerst die letzte Klimaanpassungsmaßnahme im Krankenhaus vor Ort, bevor sie sichergestellt hat, dass kranke Menschen überhaupt zeit- und auch ortsnah ambulant bzw. stationär behandelt werden können?

(Vereinzelt Beifall von der FDP)

Forderungen des Antrags. Es soll eine Aufklärungskampagne für die breite Bevölkerung geben. Unabhängig davon, wer demnächst den Menschen von wo aus mit welchen Kosten erklären soll, was zu tun sein wird, wenn es warm ist, frage ich jetzt einmal ganz offen in die Runde: Trauen wir den Menschen eigentlich nicht mehr zu, im Tagesablauf auf veränderte Temperaturen zu reagieren? Ist das das neue

schwarz-grüne Verständnis von Eigenverantwortung?

Ein zweiter Punkt: Anpassungen in der medizinischen Lehre. In meinen Augen ist das eine klassische ideologische Forderung. Wenn die Grünen an der Stelle glauben, dass die Medizin bislang die Wechselhaftigkeit der Außentemperatur auf den menschlichen Organismus nicht erforscht hat, dann kann ich nur davon ausgehen, dass sie in den vergangenen Jahren anscheinend nicht hier in Deutschland bzw. auf dieser Erde, sondern eher auf einem anderen Planeten gelebt haben.

Dritter Punkt. Sie wollen die Kommunen bei der Aufstellung von Hitzeschutzplänen unterstützen. Ja, bitte machen Sie das. Aber dann zeigen Sie auch gleichzeitig auf, wie genau das gehen soll, und zeigen Sie uns die Haushaltsstelle, bei der eine solche Unterstützung entsprechend verankert ist.

Den letzten Punkt hat Herr Klute angesprochen. Sie wollen tatsächlich von den 2,5 Milliarden Euro zur Modernisierung der Krankenhauslandschaft ganze 800 Millionen Euro für Klimaschutzmaßnahmen ausgeben. Bei dieser Summe komme ich noch mal auf das Thema „Prioritätensetzung“ zurück. Ja, auch Krankenhäuser müssen klimabewusst betrieben werden. Das liegt übrigens auch im Interesse der Krankenhäuser selbst. Dazu brauchen unsere Krankenhäuser aber keine Lehr- und Fortbildungsveranstaltungen.

Ich meine, wir müssen jeden Euro in eine leistungsfähige Infrastruktur investieren, damit sie den Menschen vor Ort hilft, denn – auch Herr Klute hat es schon gesagt –: Was nutzt uns das klimafreundlichste Krankenhaus, wenn der Hochleistungs-OP nicht betrieben werden kann?

(Beifall von der FDP)

Wollen wir wirklich energieintensive Bildgebungsverfahren aussetzen und die Gesundheitsversorgung riskieren?

Ich darf unsere heutige Botschaft an Schwarz-Grün nennen: Stecken Sie so viel Geld wie möglich in eine leistungsfähige Gesundheitsversorgung für alle Menschen in diesem Land, die Hilfe brauchen, wenn es um ihre Gesundheit und ihr Leben geht. Klimaschutz ist richtig, Klimaschutz ist wichtig, aber vom Klimaschutz allein gesundet kein Mensch, überlebt kein lebensbedrohlich erkrankter Patient. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der FDP)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Frau Gebauer. – Für die AfD hat der Fraktionsvorsitzende Dr. Vincentz das Wort.

Dr. Martin Vincentz (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte meine Rede in zwei Teile aufteilen, was sich anhand des Forderungskatalogs logisch anbietet.

Zum einen fordern Sie eine Reihe von Klimafolgenanpassungen. Das ist gut, das haben wir in der letzten Legislaturperiode auch schon gefordert. Hätten Sie damals den Antrag nicht gemeinsam abgelehnt, in dem wir übrigens vieles von dem gefordert haben, was Sie aufgegriffen haben, damals mit einem gewissen Maß an Hämie in Ihrer Ablehnung, wären wir schon viel weiter. Dann wären wir unter Umständen in einer Situation, in der Pflegeheime und Krankenhäuser auf die Hitzewellen durchaus besser vorbereitet wären.

Sie haben es in den letzten Monaten vielleicht noch einmal nachschlagen können, als wir viel über Übersterblichkeit gesprochen haben: In jedem Jahr haben wir bei besonders warmen Sommern eine erhöhte Sterblichkeit in den Sommermonaten, weil unser System einfach nicht gut darauf vorbereitet ist. Es ist verhältnismäßig günstig, dort tatsächlich Klimafolgenanpassung zu betreiben im Gegensatz zu Ihrer immens teuren Energiewende. Dort wäre ein Euro gut eingesetzt, um die Menschen auf Extremwetter besser vorzubereiten.

Im Übrigen stimmt, was Kollege Loose vorhin in einer Zwischenfrage insinuierte: Natürlich sterben immer noch mehr Menschen durch die Kälte als durch die Wärme, das wird oft im öffentlichen Diskurs völlig verkannt, wenn man immer von der Überhitzung des Planeten spricht. Es sterben immer noch viel mehr Menschen durch die globale Kälte als tatsächlich durch globale Hitzewellen.

(Beifall von der AfD)

Zum anderen geht es um Klimaschutz im Gesundheitssystem. Wir befinden uns gerade in einer Situation – die Pressemitteilungen sind heute erst wieder rausgegangen –, in der ein Drittel der Kliniken vor der Schließung steht; sie schreiben tiefrote Zahlen. Sie wollen von den 2,5 Milliarden Euro, die dringend benötigt werden, um die über Jahre aufgelaufenen Investitionsstrukturkosten, die über Jahre nicht gedeckt wurden – Herr Minister, Sie haben heute noch selbst ausgeführt, dass Vorgängerregierungen dort viel zu wenig investiert haben, was Sie jetzt aufgestockt haben, was gut ist –, ein Drittel wegnehmen, und das in einer Situation, in der ein Drittel der Kliniken vor der Schließung stehen. Wenn Sie da CO₂-Output realistischerweise einsparen, dann wohl durch Klinikschließungen. Das kann aber nicht im Sinne der Patienten sein, und das werden wir in dieser Art und Weise auch nicht mittragen.

(Beifall von der AfD)

Diese 800 Millionen Euro werden dringend benötigt, um unser Gesundheitssystem in dieser Art und

Weise tatsächlich auch auf den demografischen Wandel vorzubereiten. Es nützt niemandem, wenn diese 800 Millionen Euro am Ende fehlen, also keine Pflegekraft zum Pflegen kommt, dann aber CO₂-neutral. Das ist kein Gesundheitssystem, wie ich es mir vorstelle.

Einen Vorschlag zum direkten Umwelt- und auch Klimaschutz wäre beispielsweise die Abschaffung der Maskenpflicht. Unsere medizinischen Professionals wissen sehr wohl, wo sie sich tatsächlich eine Maske anziehen müssen, wo sie mit infektiösen Erregern arbeiten müssen, aber nicht in dieser Art und Weise, wie es im Moment unter Ihnen im Klinikalltag stattfindet.

Das wäre tatsächlich eine echte Hilfe, weil man viele Einmal- und Wegwerfartikel sparen könnte. Wenn Sie einmal durch Grünanlagen radeln oder spazieren oder joggen, werden Sie sehen, dass die Maskenpflicht der letzten Jahre genau das mit sich gebracht hat: viele Masken, die dort im Grünen liegen. Das alles könnte man auf einen Schlag ändern.

(Beifall von der AfD)

Wenn es Ihnen wirklich um Klimaschutz und nicht nur um Partei-Klein-Klein geht, empfehle ich Ihnen die wirklich hervorragende Rede des hervorragenden Konstantin Kisin, die er an der Oxford University gehalten hat. Sie zeigt noch einmal den Sinn Ihrer Maßnahmen im globalen Kontext und was wir als westliche Nation tatsächlich ändern können.

Frau Thoms, Panikmache ist an dieser Stelle allerdings völlig unangebracht. Ein Kind, das im Jahr 2020 geboren wird, wird aller Voraussicht nach deutlich älter als ein Mensch, der 1960 geboren wurde, auch wegen unseres hervorragenden Gesundheitssystems. Ich bitte Sie: Machen Sie das nicht kaputt. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Dr. Vincentz. – Für die Landesregierung spricht Minister Laumann.

Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte gerne heute aus dieser Debatte drei Punkte herausgreifen, die mit diesem Antrag und mit diesem Thema zusammenhängen.

Erst einmal müssen wir doch gemeinsam – und ich finde auch lobend – feststellen, dass das nordrhein-westfälische Gesundheitssystem selbst erkannt hat, dass man sich mehr mit den Fragen des Klimaschutzes und der Veränderung des Wetters mit mehr Hitzeperioden beschäftigen muss. Deswegen ist es doch gut, dass die Landesgesundheitskonferenz

beschlossen hat, sich in der nächsten Zeit ganz erheblich mit dem Thema „Klimaschutz und Gesundheitswesen“ zu beschäftigen, und zwar nicht, weil die Landesregierung das verordnet hat, sondern weil die Teilnehmer der Landesgesundheitskonferenz in Nordrhein-Westfalen – das sind im Grunde genommen alle Player unseres Gesundheitswesens – einmütig der Meinung waren, dass das jetzt einfach ein wichtiges Thema ist, das man angehen muss, und dass sie es auch in Selbstverantwortung angehen müssen. Wir werden das begleiten.

Am Ende wird es natürlich auch eine Evaluation dazu geben, was in den unterschiedlichen Bereichen gemacht worden ist, denn jeder Mensch, der einigermaßen denken kann, weiß, dass wir dieses Thema eben sehr viel ernster nehmen müssen, als wir das vor vielen Jahren getan haben, weil wir alle die Auswirkungen der Veränderung unseres Klimas miterleben. Man muss nur an die Flutkatastrophe denken, die uns ereilt hat, und viele andere Dinge.

Das ist doch vernünftig. Dazu kann jeder seinen Beitrag leisten: sowohl das Apothekenwesen als auch die Arztpraxen als natürlich auch unsere Krankenhäuser. Dann ist es selbstverständlich die Aufgabe eines Landesgesundheitsministeriums und vor allen Dingen des Landesentrums Gesundheit in Bochum, das sich mehr mit diesen Grundsatzfragen beschäftigt, einen solchen Prozess zu begleiten und von wissenschaftlicher Seite inhaltliche Anstöße für diesen Prozess zu geben.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Es gibt noch einen weiteren Punkt, der eigentlich nur außer Frage stehen kann: Ich glaube schon, dass es die Aufgabe der Politik ist – sowohl über die Fraktionen des Parlaments, was in diesem Antrag deutlich wird, als natürlich auch einer Regierung –, immer wieder Anstöße dazu zu geben, wie man Klimaschutz dort machen kann, wo die Menschen leben. Und da sind wir natürlich bei der Gestaltung unserer Städte und Gemeinden, bei der Gestaltung unserer Innenstädte. Es ist natürlich für alte Leute gut, wenn wir zum Beispiel mehr Schatten in den Innenstädten haben, wenn an vielen Stellen zum Beispiel Wasser vorhanden ist, nicht nur zum Trinken, sondern Wasser hat bei Hitze auf Menschen eine sehr positive Wirkung, auch auf das Umfeld.

Man muss nur in die großen Städte gucken. Ich war letzten Sommer, als es so heiß war, mal in Köln-Chorweiler. Da war es für die Kinder sehr schön, dass auf dem Marktplatz ein großer Springbrunnen stand, was das Leben bei solcher Hitze für kleine Kinder einfach schöner macht, die nicht den Vorteil haben wie wir bei uns auf dem Land, in jedem Garten etwas aufbauen können, wodurch die Kinder bei solchem Wetter auch Möglichkeiten haben, damit umzugehen.

Es ist einfach vernünftig, diese Beispiele zu nennen, zu fördern. Das machen wir auch in den Konferenzen als Landesgesundheitsministerium, aber auch zusammen mit dem LZG in Bochum, sehr stark zurzeit auch mit Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern.

Ich war selber viele Jahre in meinem Leben, über 25 Jahre, in einem Stadtrat, der in Wahrheit aus vier Dörfern bestand. Aber wir haben irgendwann Stadtrechte bekommen. Ich kann Ihnen nur sagen: Da ist man auch für Anregungen dankbar. Es ist gut, wenn man nicht überall das Rad neu erfindet, sondern dass gute Beispiele auch transportiert werden, dass man gucken kann: Wie kann man das gestalten? Ich finde, diese Transformation ist auch eine Aufgabe eines Gesundheitsministeriums, eines Landeszentrums Gesundheit in Bochum.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Dann kommen wir jetzt einfach mal zu den Krankenhäusern und zu den 2,5 Milliarden Euro und den 800 Millionen Euro für Klimaschutz. Ich möchte Sie einfach bitten: Spielen Sie Krankenhausmodernisierung und Klimaschutz nicht gegeneinander aus!

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Das ist doch eine völlig irrsinnige Debatte. Dass Sie als Sozialdemokraten das jetzt tun, das verstehe ich ja. Ich war auch mal Oppositionsführer. Auch wenn einem nichts mehr einfällt, irgendwas muss man ja kritisieren. Sie können sich ja nicht hier hinstellen und sagen: Die machen alles gut. Das verstehe ich, habe ich früher auch nicht gemacht. Da muss man das Haar in der Suppe suchen. Da haben Sie etwas gefunden: Aha, da haben die im Koalitionsvertrag stehen, 2,5 Milliarden Euro für die Krankenhausreform, und jetzt nehmen sie 800 Millionen Euro für grüne Dächer und Tannen auf irgendwelchen Krankenhäusern.

Das wird nicht stattfinden. Es wird stattfinden, dass wir unsere Krankenhäuser modernisieren. Ein modernes Krankenhaus ist immer auch ein Beitrag zum Klimaschutz. Das widerspricht sich doch überhaupt nicht.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Wenn wir dafür sorgen, dass ein Krankenhaus ein neues Dach bekommt, das Dach nach heutigem Standard gedämmt ist, dann sind auch die Krankenzimmer unter diesem Dach im Sommer angenehmer, als sie es zurzeit sind, und im Winter sparen wir Heizkosten. Das kann doch keine verkehrte Politik sein.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Und dass einige Krankenhäuser in Nordrhein-Westfalen nach vielen Jahren der SPD-Gesundheitspolitik wirklich neue Dächer brauchen, das ist wohl die Wahrheit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Ich finde, das gegeneinander auszuspielen, ist doch verrückt. Wenn ein Krankenhaus neue Fenster kriegt: Ich kann euch Krankenhäuser zeigen, da ist noch nicht mal Thermopopenverglasung drin. Wenn Sie alte Fenster sehen möchten, müssen Sie nordrhein-westfälische Krankenhäuser besuchen, weil es einen Investitionsstau gibt. Dann sind auch neue Fenster in einem Krankenhaus ein Beitrag zum Klimaschutz und gleichzeitig ein Beitrag dazu, dass die Menschen, die hinter diesen Fenstern im Sommer bei Hitze liegen müssen, bessere Bedingungen haben, als wenn da Fenster drin sind, wie wir sie in den 50er- und 60er-Jahren gebaut haben.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Deswegen hören Sie einfach ...

Präsident André Kuper: Herr Minister, ich muss einmal stören.

Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Ja, ich bin am Ende. Deswegen hören Sie einfach auf, dieses gegeneinander auszuspielen. Wir werden die Krankenhäuser modernisieren. Und wenn man heute etwas modernisiert, ist der Klimaschutz immer mit drin. Basta, aus! Und so machen wir die Politik.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Minister. – Ich habe konkludent entnommen, dass der Minister durch sein Verhalten die Zwischenfrage nicht zugelassen hat.

(Thorsten Klute [SPD]: Ist das so? – Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Mir läuft ja nichts weg!)

– Okay.

(Zuruf von Thorsten Klute [SPD])

Wir machen es pragmatisch. Das ist eine Kurzintervention. Bitte.

Thorsten Klute (SPD): Gerne auch das. Ganz herzlichen Dank erstens für die Leidenschaft – ich mag leidenschaftliche Debatten –, zweitens auch noch mal für den pragmatischen Umgang.

Ich höre jetzt zum zweiten Mal, lieber Herr Minister Laumann, dass man das ja gar nicht so voneinander trennen kann, dass, wenn man sowieso ein neues Dach braucht, das selbstverständlich nach den neuesten Bauvorschriften und damit auch nach den neuesten Klimaschutzvorschriften geschieht.

Wenn das also alles Maßnahmen sind, die sowieso kommen: Warum muss man es dann extra noch abzweigen und gesondert ausweisen? Dann ist es doch die Mogelpackung, dass es nur darum geht, darzustellen: Wir tun was für Klimaschutz bei Sachen, die sowieso laufen. Dann ist es doch nicht zusätzlich, oder aber es ist doch etwas Zusätzliches,

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

was man wegnimmt von den 2,5 Milliarden Euro. Darüber werden wir uns dann aber in der nächsten Zeit noch einmal intensiver unterhalten, nämlich dann, wenn sich abzeichnet, dass die Investitionsmittel hinten und vorne nicht reichen werden, um den Krankenhausplan ordentlich umzusetzen.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Wurde leider auch nicht besser!)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Klute. – Wenn der Minister möchte, kann er noch ein Statement anschließen.

(Thorsten Klute [SPD]: Siehst du, jetzt hast du noch Redezeit! – Gegenruf von Jochen Klenner [CDU]: Ob das gut für dich ist?)

Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Herr Klute, ich will Ihnen mal sagen: Sie müssen einfach mal einsehen, dass Sie die Debatte über die Krankenhausreform in Nordrhein-Westfalen verloren haben.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Sie sind in den Wahlkampf gegangen und haben gesagt: Wir wollen diese Krankenhausreform nicht. Und das, was das MAGS da jetzt macht mit dem Leistungsbereich und den Leistungsgruppen, ist alles des Teufels, und dann kommt in Berlin Ihr Parteifreund und macht genau eine Krankenhausreform im Bund mit diesen Themen und sagt noch: Nordrhein-Westfalen ist auf dem richtigen Weg, aber ist viel zu harmlos. Die müssen das viel klarer machen, viel brutaler machen.

(Thorsten Klute [SPD]: Das war nicht meine Frage!)

Das war doch seine Pressekonferenz. Liebe Leute, jetzt sucht ihr das Haar in der Suppe.

(Beifall von den GRÜNEN – Zuruf von Thorsten Klute [SPD])

Sie müssen einfach eines sehen: Eine intelligente Gesundheitspolitik sorgt dafür, dass ich jeden Euro, den ich kriegen kann, für die Krankenhäuser haben will. Jeder Euro, den ich für die nordrhein-westfälischen Krankenhäuser mobilisiere, ist aus meiner Sicht ein guter Euro.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Deswegen habe ich während der Coronazeit über 2 Milliarden Euro zusätzlich für nordrhein-westfälische Krankenhäuser besorgt. Und das Geld ist in Investitionen gegangen und hilft unseren Krankenhäusern.

(Beifall von der CDU)

Jetzt sage ich euch Folgendes: Wenn die Zeiten so sind, dass man auch Geld besorgen kann, wenn man das Wort „Klima“ mit reinschreibt, dann mache ich es einfach.

(Thorsten Klute [SPD]: Also doch Mogelpackung!)

Dann sage ich Ihnen: Jede Modernisierung im nordrhein-westfälischen Krankenhaus ist ein Beitrag zum Klimaschutz. Das werden wir dann schon gemeinschaftlich vor allen Dingen in unserer Koalition so lösen, dass es nicht nur eine Floskel ist, sondern dass es den Menschen hilft, dass es die Krankenhäuser modernisiert und dass die Krankenhäuser, die wir modernisiert haben, für die Patienten angenehmer sind als die alten Schinken, die Sie uns hinterlassen haben.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Minister Laumann. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir sind am Schluss der Aussprache.

Ich komme zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die Überweisung des Antrags Drucksache 18/2544 an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales – federführend –, an den Ausschuss für Heimat und Kommunales sowie an den Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume. Die abschließende Beratung und Abstimmung sollen im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Ist jemand gegen diesen Vorschlag? – Das ist nicht der Fall. Möchte sich jemand enthalten? – Auch das ist nicht der Fall. Damit ist die **Überweisungsempfehlung** einstimmig **angenommen**.

Ich rufe auf:

15 Nordrhein-Westfalen zum Standort für zukunftsweisende Fusionstechnologien ausbauen!

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/2569

Ich eröffne die Aussprache und erteile als Erstes der Rednerin für die FDP, der Abgeordneten Frau Freimuth, das Wort.

Angela Freimuth (FDP): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen